Niederschrift

Nr. 11

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Planung der VRR AöR am Mittwoch, den 22.03.2017, 10:00 Uhr, im Rathaus der Stadt Duisburg, Burgplatz 19, 47049 Duisburg, Raum 50

Anwesende (lt. Anwesenheitsliste)

Vorsitzender

Herr Wolfgang Weber

CDU ordentliche Mitglieder

Herr Martin Erlmann, Herr Andreas Hartnigk, Herr Frank Heidenreich, Herr Thomas Kracke, Herr Rainer Schlottmann, Herr Friedhelm Stevens, Herr Stephan Wedding, Herr Dr. Christian Will

SPD ordentliche Mitglieder

Herr Karl-Heinz Emmerich, Herr Bernd Goerke, Herr Daniel Mühlenfeld, Herr Jürgen Scharmacher, Herr Norbert Schilff, Herr Martin Volkenrath

Bündnis 90/Die Grünen ordentliche Mitglieder

Herr Matthias Dudde, Herr Dietmar Gaida, Herr Uwe Tietz

NVN ordentliche Mitglieder

Herr Frank Berger

CDU stellvertretende Mitglieder

Herr Christian Gebel, Herr Friedhelm Krause, Herr Sascha Kurth

SPD stellvertretende Mitglieder

Herr Axel Barton, Herr Axel C. Welp

Berater/Gäste

Herr Lothar Ebbers, Herr Jürgen Eichel, Herr Helmut Peters

Vorstand VRR AöR

Herr Martin Husmann, Herr José Luis Castrillo

Verwaltung

Herr Burkhard Dedy, Herr Ulrich Haller

Schriftführer/stellv. Schriftführer

Herr Jörg Oesterwind

T a g e s o r d n u n g

		Drucksache-Nr.:
1.	Form und Frist der Ladung	
2.	Beschlussfähigkeit und Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 01.12.2016	
4.	Sachstandsbericht	Z/IX/2017/0274
5.	Stationsbericht 2016	N/IX/2017/0276
6.	VRR-Nahverkehrsplan 2017	N/IX/2017/0277
7.	Publikation "Vernetzte Verkehrsträger"	N/IX/2017/0278
8.	Qualitätsbericht SPNV 2016	S/IX/2017/0281
9.	Anfragen und Mitteilungen	

Der Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Planung und begrüßt die Anwesenden.

1. Form und Frist der Ladung

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2. Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt. Die Tagesordnung wird genehmigt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 01.12.2016

Der Ausschuss für Verkehr und Planung genehmigt einstimmig die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 01.12.2016.

4. Sachstandsbericht Vorlage: Z/IX/2017/0274

1. Punkt 6 „Sachstand Vergabe SPNV-Vertrieb Los 1“:

Herr Gaida (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass die Station Solingen Hbf. in die Liste der 15 optionalen Bahnhöfe aufgenommen werden sollte, die einen personenbedienten Fahrkartenverkauf erhalten würden, um den Fahrgästen den gewohnten Service weiterhin bieten und lange Wartezeiten beim Ticketkauf vermeiden zu können.

Herr Dedy weist darauf hin, dass neben der Technik auch Personal mit den entsprechenden Räumlichkeiten vorgehalten werden müsse, um einen personenbedienten Verkauf zu ermöglichen. Eine genauere Auswahl der 15 Stationen liege zurzeit noch nicht vor.

2. Punkt 5 „RRX-Zielkonzept nach neuem Bundesschienenwegeausbaugesetz“:

Die **Herren Heidenreich (CDU)** und **Tietz (Bündnis 90/Die Grünen)** weisen darauf hin, dass die Art und Weise der Kommunikation zwischen DB Netz und

den Kommunen äußerst marginal verlaufen sei und kaum Informationen weitergegeben wurden.

Herr Heidenreich (CDU) schlägt deshalb vor, bei fortbestehenden Informationsdefiziten einen Verantwortlichen zu einer Ausschusssitzung einzuladen.

Herr Husmann erläutert, dass bereits postalisch Unmut über die Kommunikationspolitik geäußert worden sei und eine Reaktion von Frau Bohle (Vorstand DB Fernverkehr) eingegangen sei. Ein Gespräch mit Herrn Pofalla ist in Planung.

3. Baustellenkommunikation DB – Maßnahmen

Herr Goerke (SPD) weist darauf hin, dass im Rahmen der aktuellen Baustellensituation zwischen Duisburg und Düsseldorf starke Kapazitätseinschränkungen hingenommen werden müssten und fordert die Freigabe von Fernverkehrszügen in der HVZ. Des Weiteren regt er eine außerordentliche Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Planung nach den Osterferien an, um die Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen der Arbeiten zum ESTW Wuppertal diskutieren und gegebenenfalls Verbesserungen fordern zu können.

Herr Heidenreich (CDU) stimmt dem zu und fordert eine Verbesserung der Kommunikation zwischen DB Netz und den Kommunen, um den kommunalen Verkehrsunternehmen ebenfalls die Möglichkeit zu geben, Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Ebbers weist in diesem Zusammenhang auf die Beeinträchtigungen an der Station Duisburg Hbf. im Rahmen des Bahnhofumbaus hin, der über fünf Jahre hinweg jährlich die Schließung von jeweils zwei Gleisen erfordert habe.

Herr Husmann erläutert die bereits durchgeführten Maßnahmen seitens des VRR:

1. Brief an DB Vorstand: Hieraus resultiert ein Gesprächstermin mit Herrn Pofalla im April 2017 und die generelle Gesprächsbereitschaft von Frau Bohle (Vorstand DB Fernverkehr) zu weiteren Maßnahmen;
2. Einberufung eines Arbeitskreises Kommunikation auf Vorstandsebene (Aufgabenträger, DB Netz) mit monatlichen Sitzungen;
3. Aufgrund der Planungsdauer von drei Jahren für größere Maßnahmen sollen

regelmäßige Auskünfte von DB-Netz dahingehend gefordert werden, welche Maßnahmen in den nächsten Jahren erfolgen, um entsprechende Ersatzleistungen planen zu können.

Herr Husmann erläutert zudem, dass sämtliche finanzielle Folgen für die EVU, hinsichtlich Pönalzahlungen wegen nicht erbrachter Leistungen, nicht von DB Netz übernommen würden und schlimmstenfalls die Unternehmen an die Grenze zur Insolvenz gebracht würden. In diesem Zusammenhang sei auch die Bundesnetzagentur eingeschaltet worden, um Abhilfe zu schaffen. Welche Möglichkeiten es gäbe, um diesen Umstand auszuschließen, solle auf Bundesebene diskutiert werden. Der VRR könne und müsse auf Pönalzahlungen pochen, um die EVU aktiv zu der Erarbeitung von Lösungsstrategien zu bewegen.

Auf die Frage von **Herrn Heidenreich (CDU)**, ob es Unterschiede in der Behandlung von DB Regio und NE-Bahnen bezüglich der Baustellen gäbe, versichert Herr Husmann, dass alle EVU gleich behandelt würden und dass es sich bei der fehlenden Kommunikation um ein strukturelles Problem bei DB Netz handele.

Im Anschluss wird der Sachstandsbericht gemäß Drucksache Nr. Z/IX/2017/0274 einschließlich 1. Nachtrag zur Kenntnis genommen.

5. Stationsbericht 2016
Vorlage: N/IX/2017/0276

Herr Gaida (Bündnis 90/Die Grünen) weist auf die sehr schlechte Bewertung der Solinger Bahnhöfe hin und äußert die Erwartung, dass der VRR auf DB Station und Service zugehe und diese Tatsache zur Sprache bringe.

Herr Hartnigk (CDU) regt außerdem an, bis zum nächsten Sitzungsblock eine Auflistung zu allen Bahnhöfen zu erstellen, aus der hervorgehe, wo die Grenze zwischen DB und Kommune verlaufe, um einen Ansprechpartner bei Verunreinigungen zu haben.

Im Anschluss nimmt der Ausschuss für Verkehr und Planung den Stationsbericht 2016 gemäß Anlage zur Drucksache Nr. N/IX/2017/0276 zur Kenntnis.

6. VRR-Nahverkehrsplan 2017
Vorlage: N/IX/2017/0277

Dieser Punkt wurde nicht behandelt.

7. Publikation "Vernetzte Verkehrsträger"
Vorlage: N/IX/2017/0278

Der Ausschuss für Verkehr und Planung nimmt die Drucksache Nr. N/IX/2017/0278 einschließlich der Publikation „Vernetzte Verkehrsträger 2017“ zur Kenntnis.

8. Qualitätsbericht SPNV 2016
Vorlage: S/IX/2017/0281

Der Ausschuss für Verkehr und Planung nimmt den Qualitätsbericht SPNV 2016 gemäß Anlage zur Drucksache Nr. S/IX/2017/0281 zur Kenntnis.

9. Anfragen und Mitteilungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung und verabschiedet sich von den Anwesenden.

Wolfgang Weber
Vorsitzender

Jörg Oesterwind
Schriftführer

Anlage

Nachtrag zum Stationsbericht 2016:

Im Rahmen des ersten Sitzungsblocks 2017 wurde der VRR seitens der Politik aufgefordert, eine Auflistung über die Grenzen der Zuständigkeiten zwischen den Kommunen und der DB Station&Service AG im Zugangsbereich der jeweiligen Stationen zu erstellen.

Die Bewertung der Stationen erfolgt hinsichtlich des Zugangsbereichs und der Bahnsteige jeweils unter Zugrundelegung der Kriterien Sauberkeit, Funktion und Graffitiverschmutzung. Gerade bezüglich der Zugangsbereiche kam es aufgrund von Graffitiverschmutzungen häufig zu erheblichen Abwertungen.
Die DB Station&Service AG teilte dem VRR daraufhin mit, dass an einigen dieser Stationen die Unterhaltungs- und Verkehrssicherungspflicht im Zugangsbereich nicht bei der DB Station&Service AG liege, sondern an diesen Stellen die Kommunen zuständig seien.

Bei der Betrachtung von Zuständigkeiten im Hinblick auf die Zugangsbereiche von Stationen sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Die Zugänge zu den Stationen sind sehr unterschiedlich gestaltet, wie z. B. als Personenunterführung, Treppenzugang durch Brückenwiderlager oder einfache Zuwegung aus dem öffentlichen Raum heraus.
- Es gibt zwischen der DB Station&Service AG und einzelnen Kommunen vertragliche Vereinbarungen zur Verkehrssicherungspflicht in den Zugangsbereichen. Diese sind allerdings recht allgemein gehalten. Überwiegend wurden diese Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem S-Bahn-Bau vor über 40 Jahren erstellt. Die Verträge liegen zum Teil nicht mehr vor.
- Die Stadt Düsseldorf hat im Rahmen einer gesonderten Vereinbarung durch einen einmaligen Kostenbeitrag die Verkehrssicherungspflicht an die DB abgetreten.
- Des Weiteren befinden sich auch Bahnhofsgebäude in unmittelbarer Nähe von Zugängen bzw. Bahnsteigen. Etliche dieser Gebäude sind verkauft oder vermietet. Hier sind die jeweiligen privaten Eigentümer bzw. Mieter in der Verantwortung.

Da es somit an einer Vielzahl von Stationen unterschiedliche Rahmenbedingungen zur Festlegung einer Grenze zwischen den verschiedenen Zuständigkeiten gibt, ist noch ein erheblicher Klärungsbedarf erforderlich. Es ist daher kurzfristig nicht möglich, eine entsprechende Auflistung zu erstellen. Der VRR wird im Stationsbericht 2017 erneut zu diesem Thema berichten.